



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

Gewalt in der Ukraine muss beendet werden

Präsident Janukowitsch trägt die Verantwortung für Tote und Verletzte

In den letzten Tagen kamen schockierende Nachrichten und Bilder aus der Ukraine. Obwohl die Opposition am Wochenende besetzte Gebäude freiwillig räumte, ließ Präsident Janukowitsch den zentralen Maidan-Platz stürmen. Mindestens 77 Menschen starben bislang. Am Mittwoch beriet der Europaausschuss des Bundestages über die Situation, am Donnerstag debattierte das Parlament in einer Aktuellen Stunde.

Redner der Koalition und der Grünen betonten dabei, dass ganz klar Präsident Janukowitsch für den jüngsten Gewaltausbruch verantwortlich ist. Jeder Versuch, den Demonstranten hierfür die Schuld zuzuschreiben, ist eine dreiste Verfälschung der Tatsachen. So behaupten Abgeordnete der Linkspartei ständig, die Opposition sei von faschistischen Kräften dominiert. Dies ist schlicht die Unwahrheit! Sicher: Es gibt unter den Demonstranten auch Gruppierungen, die von unseren Vorstellungen von Freiheit und Demokratie weit entfernt sind. Diese sind aber nur Splittergruppen und ihre Auffassungen werden von der Masse der friedlichen Demonstranten nicht unterstützt. Wer zehntausende Demonstranten als Faschisten bezeichnet, gibt damit die Propaganda der russischen Regierung wieder und missachtet den Wunsch nach Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Europa hat in den letzten Tagen eine klare Sprache gesprochen. Gestern haben die EU-Außenminister über erste Sanktionen beraten. Es wurden Einreisesperrn und Kontensperrn gegen Vertreter des Regimes beschlossen, die für die Menschenrechtsverletzungen der letzten Tage verantwortlich sind. Zudem war Bundes-

außenminister Steinmeier gemeinsam mit seinen Kollegen aus Frankreich und Polen in Kiew, um mit Vertretern des Regimes und der Opposition zu beraten.

Heute früh berichten staatliche Stellen der Ukraine wieder einmal von einer Einigung mit der Opposition und einem Ende der staatlichen Gewalt. Es bleibt die Hoffnung, dass sich diese Berichte nun endlich bewahrheiten und die Gewalt ein Ende findet. Denn die vollkommen überzogene und nicht zu rechtfertigende staatliche Gewalt erzeugt auch immer mehr Gegen Gewalt und die Oppositionsführer bekommen zunehmend Schwierigkeiten, die Unzufriedenheit der Menschen in Kiew und anderen Städten der Ukraine in friedlichen Bahnen zu halten. Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, besteht tatsächlich die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges in der Ukraine und eines Auseinanderbrechens des Landes.

Die Ukraine braucht jetzt einen Neuanfang. Dazu gehören eine „Regierung der Nationalen Einheit“, eine Verfassungsreform, die die Rechte des Präsidenten begrenzt und Neuwahlen noch in diesem Jahr. Es ist dann an den Menschen in der Ukraine, über ihren künftigen Weg selber zu entscheiden. Erinnern wir uns: Es war der einseitige Abbruch der Verhandlungen mit der EU durch einen von Moskau gesteuerten Präsidenten, der die Proteste im Herbst letzten Jahres auslöste. Ob sich das Land Richtung Europa oder Richtung Russland bewegen möchte, können aber allein die Ukrainer entscheiden. Dazu müssen sie jetzt schnell Gelegenheit haben. Deutschland und die EU werden dabei als Partner gerne helfen.

Stephanuskreis setzt Arbeit fort

Die Situation verfolgter Christen in aller Welt wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit geraumer Zeit sehr intensiv verfolgt. Neben verschiedenen Fachkongressen in Berlin sind es vor allem auch die Reisen unseres Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, die die Situation der bedrängten Christen immer wieder in die Öffentlichkeit gerückt haben. Im Juni letzten Jahres hatte Volker Kauder in der Christus-Kirche in Straubenhardt auf meine Einladung hin über sein persönliches Engagement berichtet.

Um den verfolgten Christen auch in dieser Legislaturperiode wieder ein Forum bieten zu können, wo sie über ihre Situation berichten können, wird innerhalb der Unionsfraktion der „Stephanuskreis“ seine Arbeit fortsetzen. Auch ich bin unter den 73 Abgeordneten, die sich in diesem 2010 gegründeten überkonfessionellen Kreis engagieren. Der erste Schritt, um bedrängten Christen helfen zu können, ist, über ihre Lage Bescheid zu wissen. Deshalb bietet der Stephanuskreis den Christen eine wichtige Gelegenheit, über ihre Lage berichten zu können. Aber auch Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerke können uns so direkt über ihre Arbeit unterrichten. Benannt ist der Stephanuskreis nach dem ersten christlichen Märtyrer, dem sowohl Katholiken als auch Protestanten gedenken.

Schwierige Lage für die Koalition

Die Große Koalition ist durch das Verhalten der SPD in Folge der Geschehnisse rund um den ehemaligen SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy in eine schwierige Lage geraten. „Es ist außerordentlich bitter, dass das Verhalten der SPD zum Rücktritt unseres Bundesministers Dr. Hans-Peter Friedrich geführt hat“, betonte in dieser Woche der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, und bedankte sich im Namen der Fraktion bei Friedrich für dessen Arbeit als Bundesminister. Die CSU-Landesgruppe wählte Friedrich am Montag zum neuen Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Er übernimmt von unserem Landesvorsitzenden Thomas Strobl den Aufgabenbereich Europakoordination. Strobl ist im Gegenzug künftig für die Bereiche Innen und Recht verantwortlich, die bislang von der CSU wahrgenommen wurden. Hintergrund für diesen

Wechsel ist ein parlamentarischer Brauch, der besagt, dass ehemalige Minister, die eine Aufgabe im Parlament für ihre Fraktion wahrnehmen, nicht mehr im selben Aufgabengebiet tätig werden sollten, in dem sie bereits in der Regierung tätig waren.

In seinem Bericht vor der Fraktion bezeichnete Volker Kauder das Brechen von Vertraulichkeit und die widersprüchlichen Aussagen von Vertretern der SPD als nicht akzeptables Verhalten in einer Koalition und forderte Aufklärung: „Die SPD ist nun am Zug. Als Rechtsstaatspartei werden wir alles daran setzen, dass bei der Klärung der offenen Fragen keine Zweifel bleiben. Es liegt nun tatsächlich an der SPD, angeschlagenes Vertrauen wieder herzustellen.“ Allerdings, so Kauder weiter, richteten sich auch eine Reihe von Fragen an die Justizbehörden in Niedersachsen: „Hier werden unsere Kolleginnen und Kollegen der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion auf Aufklärung drängen.“

Konsequenzen aus der Affäre Edathy

Angesichts der Kinderpornografie-Affäre um den ehemaligen SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy zieht die Unionsfraktion erste Konsequenzen und setzt sich für einen besseren Schutz vor kinderpornografischen Darstellungen ein und will rechtliche Grauzonen beseitigen. Wir können nicht zulassen, dass mit den Körpern unschuldiger Kinder Geschäfte gemacht werden. In Deutschland sind der Erwerb, der Besitz und die Weitergabe von kinderpornografischem Material verboten. Das Strafgesetzbuch definiert Kinderpornografie als Darstellung sexueller Handlungen von, an oder vor Kindern. Vor dem Hintergrund der jetzigen Diskussion im Fall Edathy wurde aber offenkundig, dass es Grenzbereiche gibt, in denen Minderjährige bislang nicht ausreichend geschützt sind. Die Fraktion hat eine Untersuchung in Auftrag gegeben, um das deutsche Rechtssystem mit Blick auf den Unterschied zwischen Kinderpornografie und „Posing“-Darstellungen mit dem anderer Länder zu vergleichen. Unter „Posing“ versteht man Bilder, auf denen nackte Kinder abgebildet sind, ohne dass deren Genitalien besonders zur Schau gestellt würden. So geht es bei Strafbarkeit um die Frage, warum in Deutschland etwas völlig legal ist, was zum Beispiel in Kanada strafbewehrt ist.